



Tagesordnung I Punkt 8.2 der öffentlichen Sitzung am 17. Mai 2023

Antrags-Nr. 23-F-69-0043

ESWE Verkehr stabilisieren und als Busbetrieb in eine erfolgreiche Zukunft führen - ergänzende attraktive Mobilitätsangebote für Wiesbaden vorrangig privatwirtschaftlich schaffen
- Antrag der Fraktionen von FDP, CDU & BLW/ULW/BIG zu TOP I/8 der Stadtverordnetenversammlung am 17. Mai 2023 - Vorlage 23-V-05-0066 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

- I. ESWE Verkehr stabilisieren und als Busbetrieb in eine erfolgreiche Zukunft führen
 - 1) Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass der Versuch, ESWE Verkehr zum umfassenden Mobilitätsdienstleister umzubauen, gescheitert ist. Priorität muss jetzt sein, ESWE Verkehr wieder in ruhiges Fahrwasser zu führen. Die Stadtverordnetenversammlung setzt sich zum Ziel, dass die Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger sowie die Beschäftigten wieder stolz auf „ihr“ Busunternehmen sind.
 - 2) Beschlusspunkt Nr. 1 des Beschlusses Nr. 0283 der Stadtverordnetenversammlung vom 22.09.2016 („ESWE-Verkehr zum modernen Mobilitätsdienstleister ausbauen“) wird aufgehoben.
 - 3) Der Magistrat wird gebeten,
 - a. kurzfristig die Möglichkeiten des TV-N zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Bezahlung der Beschäftigten im Busbetrieb von ESWE Verkehr auszuschöpfen, um vorhandenes Personal zu halten und die Attraktivität als Arbeitgeber zu erhöhen.
 - b. zur Sicherstellung eines auskömmlichen Busverkehrs zu den werktäglichen Spitzenzeiten sog. geteilte Dienste monetär zu honorieren.
 - c. sofern dies von Arbeitnehmerseite gewünscht ist, den Umstieg in einen Haustarifvertrag zügig voranzutreiben.
 - d. nach einer angemessenen Einarbeitungszeit der neuen Geschäftsführerin, jedoch vor den Haushaltsberatungen den städtischen Gremien vorzulegen:
 - i. Überlegungen für einen neuen oder zusätzlichen Betriebshof, insbesondere der hierfür nötige Mittelbedarf in den Jahren 2024/2025.
 - ii. Vorhaben zur Verbesserung der Mitarbeiterzufriedenheit.
 - iii. das weitere Vorgehen bezüglich der mehrfach beschlossenen Optimierung der Linienführung.
 - e. die Übernahme der Aufgaben der Lokalen Nahverkehrsorganisation (LNO) in die WVV zu prüfen.
- II. Ergänzende attraktive Mobilitätsangebote für Wiesbaden vorrangig privatwirtschaftlich schaffen

Der Magistrat wird beauftragt, die nächsten Schritte für die Zukunft des ÖPNV sowie der Nahmobilität in Wiesbaden zu setzen. Übergeordnetes Ziel ist dabei die Etablierung eines attraktiven Mobilitätsangebotes, das die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt im Auge behält.

a. Radverleihsystem

Einzelne - auch in Wiesbaden aktive - eScooter-Anbieter haben in großen Städten bereits eBikes in ihr Portfolio übernommen. Diese können wie die Roller über die jeweilige App ausgeliehen und abgegeben werden.

Der Magistrat wird gebeten, auf diese Anbieter zuzugehen, um für eine Ausweitung des eBike-Sharings auf Wiesbaden zu werben und zu eruieren, welche Voraussetzungen vonseiten der LHW hierfür geschaffen werden müssen.

b. Taxigebundene Angebote

Der Magistrat wird gebeten, sicherzustellen, dass der Beschluss Nr. 0028 des Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit vom 7. März 2023 („Konzept eines FrauenNachttaxis für Wiesbaden vorlegen“) bis zu den Haushaltsberatungen abgearbeitet wird und dabei neben dem Taxiverband Wiesbaden auch mit den in Wiesbaden vertretenen Ridesharing-Diensten wie Uber zu sprechen.

c. Mobilitätsplattform

Der Magistrat wird gebeten, bei allen zukünftigen - von der Stadt geförderten - Mobilitätsangeboten darauf zu achten, dass eine örtliche Verzahnung mit dem Bus- und Schienenverkehr im Sinne der Multimodalität Beachtung findet und eine Integration in die RMVgo-App angestrebt wird.

Der Vertreter der LHW im Aufsichtsrat des RMV wird gebeten, auf eine stetige Weiterentwicklung und Förderung der RMVgo-App zu drängen.

Beschluss Nr. 0202

Der Antrag wird abgelehnt.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .05.2023

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .05.2023

Dezernat V
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister